

**Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2020 und 2021**

**PPL 92 (Stadt) – Allgemeine Finanzen; Gesellschafterdarlehen für die Gesundheit Nord gGmbH**

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.31	Allgemeine Finanzen – Sonstiges (S)
Produktgruppe:	92.31.02	Allgemeine Finanzen – Sonstiges (S)

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2020 um 20 000 Euro erhöht.

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2021 um 20 000 Euro erhöht.

Im Haushaltsjahr 2020 handelt es sich um die Abdeckung einer vom städtischen Haushalts- und Finanzausschuss am 6. Dezember 2019 beschlossenen Verpflichtungsermächtigung zur Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Gesundheit Nord gGmbH in Höhe von 20 Millionen Euro.

Das Darlehen ist dem genannten Beschluss entsprechend im Haushaltsjahr 2021 in voller Höhe zurückzuzahlen.

II.

a) In konkreter Umsetzung wird der kamerale Haushaltsplan 2020 wie folgt ergänzt beziehungsweise geändert:

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
Einzelplan:	39	Finanzen
Kapitel:	3986	Wirtschaftliche Unternehmen
Titel:	861 01-6	Gesellschafterdarlehen an die Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2020 von 20 000 000 Euro eingestellt.

Die Deckung wird durch eine gemäß Artikel 131a Landesverfassung zulässige Kreditaufnahme, die im Rahmen der Schlussanträge eingeplant wird, sichergestellt.

III.

- b) In konkreter Umsetzung wird der kamerale Haushaltsplan 2021 wie folgt ergänzt beziehungsweise geändert:

	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
Einzelplan:	39	Finanzen
Kapitel:	3986	Wirtschaftliche Unternehmen
Titel:	(NEU) 181 10-4	Rückzahlung Gesellschafterdarlehen an die Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2021 von 20 000 000 Euro eingestellt.  
Die Rückzahlung des Darlehens ist zur Tilgung der Schulden einzusetzen.

Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE